



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Seit dem Ende des Kalten Krieges suchen europäische Demokratien zwischen gesellschaftlichem Wandel, Polarisierung und geopolitischem Bedeutungsverlust nach politischer Orientierung. Die Erfolge von Protestparteien spiegeln vor allem Unzufriedenheit und Orientierungsverlust wider. Die politische Mitte steht vor der Aufgabe, demokratische Institutionen zu stärken und überzeugende Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.
- › Der Umgang mit dem wachsenden Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 sowie die Stärkung von Wissenschaftsfreiheit oder bildungspolitische Initiativen sind einige der Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft steht.
- › Künstliche Intelligenz gilt als Schlüsseltechnologie mit großem Potenzial für Innovation, Forschung und wirtschaftlicher Entwicklung, wirft zugleich aber erhebliche Fragen zu Regulierung, Machtkonzentration und Risiken auf. Im Großen und Ganzen wird KI als transformative Basistechnologie verstanden, deren Nutzen für Produktivität, Forschung und Innovation groß sein kann, deren Entwicklung jedoch demokratischer Kontrolle, wirksamer Regulierung, Transparenz und klarer Verantwortlichkeiten bedarf, damit gesellschaftliche Schäden begrenzt und die Potenziale der Technologie verantwortungsvoll genutzt werden können.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Rechts und Links von der Mitte.....	2
In der Debatte: Gesellschaftliche Herausforderungen	6
In der Debatte: Künstliche Intelligenz	8
Rezensionen	10
Impressum.....	16

In der Debatte: Rechts und Links von der Mitte

In der *Financial Times*¹ widerspricht *Gideon Rachman* der These, Europa stehe vor einem Zusammenbruch seines politischen Zentrums oder gar vor dem Ende der Demokratie. Zwar verzeichneten rechte Parteien wie die AfD in Deutschland oder Marine Le Pens Rassemblement National in Frankreich deutliche Zugewinne, doch wirkten in Europa mehrere Faktoren stabilisierend, etwa das Verhältniswahlrecht, die begrenzten Erfolgsaussichten rechter Parteien in Regierungsverantwortung sowie die politischen und wirtschaftlichen Zwänge der EU-Mitgliedschaft. Erfahrungen in Ländern wie den Niederlanden, Österreich und Italien zeigten, dass rechtsgerichtete Parteien entweder an den Realitäten des Regierens scheitern würden oder ihre Positionen deutlich abschwächen müssten. Auch Le Pen dürfte im Falle eines Wahlsiegs durch europäische Regeln, wirtschaftliche Abhängigkeiten und die Finanzmärkte eingehegt werden. Obwohl der Aufstieg der europäischen Rechten politische Spannungen verstärke, stelle er keine existenzielle Bedrohung für die Demokratie in Europa dar.

Leander Scholz zeichnet in der *Neuen Zürcher Zeitung*² die Entwicklung des europäischen Selbstverständnisses seit dem Ende des Kalten Krieges nach und nimmt als Ausgangspunkt ein philosophisches Kolloquium in Turin 1990. Jacques Derrida habe damals vor einem Europa gewarnt, das nach der Überwindung seiner Teilung in alte eurozentrische Denkmuster zurückfallen und sich erneut als Mittelpunkt der Welt verstehen könnte. Während viele Osteuropäer auf ein starkes und geeintes Europa hofften, habe Derrida die historische Verantwortung Europas gegenüber den „Anderen“ betont und für eine Offenheit gegenüber Fremdheit sowie eine kritische Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Machtansprüchen plädiert. In den folgenden Jahrzehnten hätten diese Ideen das europäische Selbstverständnis maßgeblich geprägt. Europa habe seine eigene Geschichte und kulturellen Traditionen einer kritischen Überprüfung unterzogen und postkoloniale Perspektiven stärker in den Mittelpunkt gerückt. Gleichzeitig habe der Kontinent jedoch zunehmend an globalem Einfluss verloren. Heute sähen sich die Europäer politisch, wirtschaftlich und technologisch unter Druck und nicht mehr als Zentrum der Welt, gehörten stattdessen zunehmend zu deren Peripherie. Vor diesem Hintergrund würden nationalistische und europaskeptische Parteien an Bedeutung gewinnen. Paradoxerweise könnten gerade sie aufgrund der geopolitischen Schwäche Europas gezwungen sein, die europäische Zusammenarbeit weiterzuführen. Damit stelle sich erneut die Frage, welche Rolle der europäische Kontinent in einer Welt spielen könne, deren Machtzentren längst anderswo liegen würden.

Jan-Werner Müller setzt sich in der *FAZ*³ mit dem Konzept des „reaktionären Zentrismus“ auseinander, das politische Akteure beschreibt, die sich als Vertreter der Mitte verstehen, vor allem progressive Positionen kritisieren und dadurch rechte Kräfte indirekt stärken. Problematisch sei die Annahme, Rechtsextremismus sei vor allem eine Reaktion auf linke Übertrei-

¹ Gideon Rachman, Why Europe's centre will hold, *Financial Times*, 28.9.2026.

² Leander Scholz, Am Ende der Leitkultur, *NZZ*, 21.9.2026.

³ Jan-Werner Müller, Das hilft doch nur den Rechten, *FAZ*, 23.9.2026.

bungen, da dies dessen eigenständige politische Dynamik unterschätze. Auch die Gleichsetzung linker und rechter Gefahren verkenne unterschiedliche Machtverhältnisse und Risiken. Der Blick auf die USA und Deutschland zeige, dass es gefährlich sei, rechte Wahlerfolge einseitig als Folge von Fehlern anderer Parteien zu erklären, statt die Eigenständigkeit rechter Projekte und vorhandene rechtsextreme Einstellungen zu berücksichtigen. Ein prinzipienorientierter Zentrismus, der demokratische Grundwerte wahre, könne eine Lösungsmöglichkeit sein. Eine falsche Gleichsetzung politischer Extreme könne demokratiegefährdende Kräfte verharmlosen und die politische Mitte nach rechts verschieben

Janan Ganesh stellt in der *Financial Times*⁴ fest, die politischen Probleme westlicher Demokratien seien weniger auf schwache Führungspersönlichkeiten als auf immer anspruchsvollere und kompromisslosere Wähler zurückzuführen. In vielen westlichen Ländern seien Regierungschefs heute unpopulär und ihre Amtszeiten deutlich kürzer als früher. Für die Behauptung, die Qualität politischer Führung habe nachgelassen, gebe es wenig Belege. Vielmehr hätten viele heutige Politiker objektiv keine schlechteren Ergebnisse erzielt als ihre Vorgänger. Das eigentliche Problem sei, dass Bürger selbst notwendige Reformen ablehnten, sobald diese persönliche Kosten verursachten, etwa bei Renten, Sozialleistungen oder Staatsausgaben. Dadurch würden Regierungen entweder Reformen aufgeben oder für ihre Reformversuche politisch abgestraft. Die verbreitete Sehnsucht nach starken Staatsmännern vergangener Zeiten verkenne zudem, dass diese in einer anderen Gesellschaft regiert hätten. Ihre Wähler seien nach Kriegen und Entbehrungen oft autoritätsgläubiger und anspruchsloser gewesen. Die gegenwärtige Krise westlicher Demokratien sei daher vor allem eine Krise der Gefolgschaft und der Erwartungen der Bürger, nicht der politischen Führung.

Im Gespräch mit der *Welt am Sonntag*⁵ merkt *Udo Di Fabio* an, es gebe zwar gewisse Parallelen zur späten Weimarer Republik, insbesondere in der politischen Polarisierung, dem Vertrauensverlust in Institutionen und einer zunehmenden Radikalisierung der politischen Ränder. Aber vor allem gebe es grundlegende Unterschiede. Deutschland verfüge über einen stabilen Rechtsstaat, funktionierende demokratische Institutionen und sei weit von den Krisenbedingungen der Weimarer Republik entfernt. Die eigentlichen Herausforderungen lägen in der schwindenden Zukunftszuversicht, der sinkenden Integrationskraft des politischen Systems und der wachsenden Schwierigkeit, unter fragmentierten Mehrheitsverhältnissen politische Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Der *Economist*⁶ konstatiert, die populistische Linke in Europa sei zwar weit von einer kommunistischen Revolution entfernt, erlebe derzeit aber politischen Aufwind. Trotz ihres historisch begrenzten Erfolgs und vergleichsweise schwacher Wahlergebnisse habe sie in mehreren Ländern an Einfluss gewonnen, etwa in Deutschland, Schweden und Spanien. Dabei profitiere sie von gesellschaftlicher Unzufriedenheit über steigende Lebenshaltungskosten, dem Krieg in Gaza sowie der zunehmenden Zersplitterung der politischen Landschaft. Auch wenn die populistische Rechte deutlich stärker erscheine, könne die radikale Linke durch ihre Rolle als Koalitionspartner oder als Störfaktor erheblichen Einfluss auf politische Entwicklungen ausüben, wie etwa in Frankreich. Gleichzeitig bleibe die populistische Linke stark fragmentiert und von internen ideologischen Konflikten geprägt. Unterschiedliche Strömungen würden oft widersprüchliche Positionen zu Themen wie Russland oder der Europäischen Union vertreten, was ihre politische Schlagkraft begrenze. Dennoch habe die Bewegung langfristiges Potenzial, da sie insbesondere unter jungen und städtischen Wählern in Ländern wie

⁴ Janan Ganesh, The west does not have a leadership problem, *Financial Times*, 23.9.2026.

⁵ Jacques Schuster, Ich sehe keine Staatskrise. Fragen an den Staatsrechtler Udo Di Fabio, *Welt am Sonntag*, 27.9.2026.

⁶ Charlemagne, Red alert! Europe's populist left is on the march, slowly, *The Economist*, 24.9.2026.

Deutschland und Frankreich große Unterstützung genieße. Während viele dieser jungen Anhänger später gemäßigt werden könnten, deute die aktuelle Popularität darauf hin, dass linkspopulistische Ideen auch künftig eine wichtige Rolle in Europas Politik spielen würden.

Maja Göpel konstatiert im Gespräch mit dem *Tagesspiegel*⁷, sie sehe die Wahlerfolge der AfD zwar als Ausdruck demokratischer Prozesse an, warne aber gleichzeitig vor der Verwundbarkeit der Demokratie gegenüber Parteien, die demokratische Strukturen von innen heraus schwächen könnten. Die eigentliche Krise liege weniger in der Demokratie selbst als in einer Politik, die Zukunftsfragen verschleppe, zu kurzfristig denke und viele Menschen mit ihren Sorgen nicht mehr erreiche. Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, sei mehr Ehrlichkeit über notwendige gesellschaftliche Veränderungen, eine stärkere Bürgerbeteiligung sowie eine sachorientiertere politische Kultur von Nöten. Populismus, soziale Ungleichheit und die manipulative Wirkung sozialer Medien seien dabei die großen Herausforderungen. Demokratie könne nur bestehen, wenn gesellschaftlicher Zusammenhalt, Gemeinsinn und die Bereitschaft zum Kompromiss erhalten blieben.

Claudius Seidl merkt in der *Süddeutschen Zeitung*⁸ an, der politische Konservatismus habe in Deutschland an Bedeutung und Glaubwürdigkeit verloren, weil konservative Parteien zentrale Werte wie Verantwortung, Maßhalten, Gemeinsinn und Zukunftsorientierung in der Praxis häufig nicht konsequent genug vertreten hätten. Die AfD sei allerdings keine konservative Kraft, sondern eine Bewegung, die historische und gesellschaftliche Entwicklungen vereinfacht darstelle und sich vor allem durch Ablehnung und Protest definieren würde. Nötig sei ein moderner Konservatismus, der Tradition und historisches Bewusstsein mit Offenheit für gesellschaftlichen Wandel verbinde. Dieser sollte liberale demokratische Errungenschaften verteidigen, soziale Verantwortung übernehmen und Veränderungen so gestalten, dass sie in bestehende gesellschaftliche Werte und Institutionen eingebettet werden könnten. Fortschritt und Bewahrung würden dabei nicht als Gegensätze verstanden, sondern als aufeinander angewiesene Elemente einer stabilen Demokratie.

Roger de Weck, Autor des Buches „Glanz und Elend der Konservativen“, verteidigt in dem Interview mit der *Zeit*⁹ die CDU als eine der letzten starken Mitte-Rechts-Parteien Europas und widerspricht der Vorstellung, die Partei befinde sich trotz aktueller Wahlniederlagen in einem unaufhaltsamen Niedergang. Die eigentliche Herausforderung sei nicht Friedrich Merz, sondern der Aufstieg der AfD, die eine besonders extremistische Partei in Europa sei. Deutschland stehe erneut vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung zwischen westlicher und europäischer Verankerung einerseits und stärkerer Orientierung nach Osten andererseits. In der Tradition Konrad Adenauers sei eine konsequente Bindung an Europa und die Idee einer „europäischen Souveränität“ wichtig und dies sollte das zentrale politische Leitmotiv der CDU sein. Kritisch sei die technokratische Politik und das Fehlen einer überzeugenden Erzählung. Politik könne sich nicht darauf beschränken, Lösungen zu liefern, sondern müsse Zukunftsbilder und Orientierung bieten. Die Partei verliere sich zu oft in Kulturkämpfen gegen Grüne und Linke, obwohl ihr eigentlicher Gegner die AfD sei. Eine Zusammenarbeit mit der AfD sei abzulehnen und die Brandmauer sei eine notwendige Voraussetzung für demokratische Stabilität. Die CDU müsse ihre Rolle als gemäßigte, demokratische Kraft der politischen Mitte stärken, neue gesellschaftliche Milieus ansprechen und Europa als zentrales Zukunftsprojekt vermitteln. Konservatismus sei die Haltung, die Bewahrung und Wandel miteinander verbinde und die demokratischen Institutionen schütze, statt sie infrage zu stellen.

⁷ Robert Ide / Sabine Schicketanz, „Die Politik hat keinen Zauberstab“. Fragen an die Transformationsforscherin Maja Göpel, *Der Tagesspiegel*, 6.10.2026.

⁸ Claudius Seidl, Wie soll der neue Konservatismus aussehen?, *SZ*, 28.9.2026.

⁹ Georg Löwisch, „Wo gehört Deutschland hin? Diese Frage geht sehr tief“. Fragen an den Publizisten Roger de Weck, *Die Zeit*, 22.9.2026.

Florian Eder betrachtet in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁰ den Aufstieg der AfD von einer politisch isolierten Oppositionspartei zu einer Kraft, die zunehmend Einfluss auf staatliche Institutionen und politische Regeln nehmen könne. Die Gefahr, dass aus dem Anspruch, politische Fehlentwicklungen zu korrigieren, der Versuch werden könnte, Institutionen selbst parteipolitisch zu prägen, sei groß. Viele Institutionen seien in den vergangenen Jahren eng mit bestimmten politischen Positionen verknüpft worden, wodurch Kritik an konkreten Entscheidungen oft als Angriff auf die Institution selbst verstanden worden sei. Dadurch seien notwendige Korrekturen erschwert worden. Institutionen wie etwa Kirchen, Universitäten oder auch die EU bewahrten ihre Unabhängigkeit und Autorität am besten, wenn sie sich auf ihren jeweiligen Kernauftrag konzentrieren, politische Selbstbeschränkung üben und sich nicht für wechselnde politische Zwecke vereinnahmen lassen würden. Reformen seien notwendig, müssten jedoch die Unabhängigkeit und Stabilität der demokratischen Ordnung bewahren. Andernfalls drohe eine konservative Erneuerung in eine Phase institutioneller Schwächung umzuschlagen.

In der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*¹¹ konstatiert Mark Siemons, dass die Wahlerfolge von Linken und AfD trotz ihrer politischen Gegensätze auf einem gemeinsamen Faktor beruhten. Beide vermittelten den Eindruck, Politik könne die bestehenden Verhältnisse grundlegend verändern. Demgegenüber würden die Parteien der Mitte vielen Wählern zunehmend als Verwalter eines als alternativlos wahrgenommenen Status quo erscheinen. Dadurch wachse das Gefühl politischer Ohnmacht, während radikale Projekte als Ausdruck von Handlungsfähigkeit und Veränderungswillen attraktiv würden. Ursache seien jedoch nicht nur schwierige Koalitionsverhältnisse, sondern vor allem ein mangelndes intellektuelles und programmatisches Profil der etablierten Parteien. Angesichts großer Umbrüche wie etwa geopolitischen Machtverschiebungen, Künstlicher Intelligenz oder Klimawandel würden sie zu selten neue Orientierung anbieten und stattdessen an überkommenen politischen Konflikten festhalten. Die Diskrepanz zwischen den wahrgenommenen Krisen und den politischen Antworten fördere den Eindruck von Orientierungslosigkeit und Kontrollverlust und stärke damit die Anziehungskraft politischer Kräfte, die grundlegende Veränderungen versprechen würden.

Nicolas Guilhot betrachtet in der *Financial Times*¹² die sich häufenden Erzählungen von einer drohenden Apokalypse und die damit verbundene weit verbreitete Vorstellung, dass die Gegenwart von existenziellen Krisen geprägt sei, die von Klimawandel über künstliche Intelligenz bis hin zum gesellschaftlichem Zerfall reichten. Sowohl religiöse als auch säkulare Denker deuteten die Zeit als eine Ära der „Endzeiten“, wobei insbesondere in Teilen der Technologieelite die Hoffnung verbreitet sei, der technischer Fortschritt, vor allem durch KI, könne einen Ausweg aus drohenden Katastrophen bieten. Auffällig sei jedoch, dass diese Endzeithvorstellungen heute vor allem von Pessimismus geprägt seien. Anders als frühere religiöse oder politische Erlösungsvisionen, die Krisen als Vorstufe einer besseren Zukunft verstanden hätten, fehle gegenwärtig die Vorstellung einer positiven Alternative. Anknüpfend an Francis Fukuyamas Diagnose vom „Ende der Geschichte“ werde deutlich, nicht die Geschichte selbst sei beendet, sondern die Fähigkeit, sich eine bessere und grundlegend andere Zukunft vorzustellen. Dadurch werde Politik zunehmend von Feindbildern und Verschwörungserzählungen bestimmt. Die verbreitete Krisenstimmung sei jedoch kein unausweichliches Schicksal, sondern Ausdruck politischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Statt am Glauben festzuhalten, es gebe keine Alternativen zur Gegenwart, müsse wieder Raum für neue politische und gesellschaftliche Aufbrüche geschaffen werden.

¹⁰ Florian Eder, Die konservative Revolution darf nicht zur Revanche geraten, NZZ, 25.9.2026.

¹¹ Mark Siemons, Denkfaul, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.9.2026.

¹² Nicolas Guilhot, We should call time on the 'end times', Financial Times, 6.10.2026.

In der Debatte: Gesellschaftliche Herausforderungen

Daniel Neumann stellt bei *cicero.de*¹³ fest, das Hamas-Pogrom vom 7. Oktober 2023 habe sichtbar gemacht, wie stark judenfeindliche Denkmuster auch in Teilen des progressiven Milieus verbreitet seien. Dies sei somit zu einem zivilisatorischen Prüfstein für die Frage geworden, ob der Westen noch bereit sei, seine eigenen Werte und Prinzipien konsequent zu verteidigen. Antisemitismus sei nicht nur ein Phänomen der politischen Rechten, sondern sei auch in Teilen der modernen Linken verankert. Insbesondere identitätspolitische, postkoloniale und „woke“ Denkweisen würden die Welt in Unterdrückter und Unterdrückte einteilen und Israel sowie Juden zunehmend als privilegierte Machtgruppe betrachten. Dadurch würden jüdische Opfererfahrungen relativiert, Gewalt gegen Israelis teilweise gerechtfertigt und traditionelle antisemitische Muster in neuer Sprache fortgeführt. Antisemitismus sei daher nicht nur als Vorurteil gegen Juden zu verstehen, sondern stelle einen Angriff auf zentrale Prinzipien liberaler Demokratien dar.

Lucien Scherrer setzt sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁴ kritisch mit den Aussagen des Historikers Wolfgang Benz auseinander, der Antisemitismusvorwürfe gegen die Linkspartei sowie die Bedrohungslage für Juden in Deutschland relativiert habe. Insbesondere Teile der politischen Linken hätten aus wahltaktischen Gründen eine problematische Nähe zu pro palästinensischen und teilweise offen antisemitischen Milieus entwickelt. Beispielen aus Deutschland und Frankreich zeigten deutlich, wie linke Akteure islamistischen Antisemitismus unterschätzten oder verharmlosten. Benz setze muslimfeindliche Diskriminierung mit historischem Antisemitismus gleich und verwische dadurch den spezifischen Charakter des Judenhasses. Antisemitismus dürfe nicht allein als Problem des Rechtsextremismus betrachtet werden, sondern müsse auch in anderen politischen und gesellschaftlichen Milieus stärker beachtet werden. Eine intellektuelle Verharmlosung antisemitischer Entwicklungen erschwere den Einsatz gegen Judenhass eher erschwere als ihn zu unterstützen.

In der *jüdischen Allgemeinen*¹⁵ kritisiert Remko Leemhuis das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin und wirft ihm vor, nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 keinen relevanten Beitrag zur öffentlichen Debatte über Antisemitismus geleistet zu haben. Zudem sei islamischer Antisemitismus am Institut über Jahre hinweg vernachlässigt oder relativiert worden. Vertreter des ZfA hätten sich außerdem wiederholt gegen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus ausgesprochen, etwa gegen eine geplante Antisemitismusklausel für Kulturförderungen. Daraus ergebe sich die Frage, ob das Institut seinem Forschungsauftrag angesichts aktueller Herausforderungen ausreichend nachkomme.

Michael Wolffsohn widerspricht in seinem Gastbeitrag im *Tagesspiegel*¹⁶ der Einschätzung von Wolfgang Benz und Stefanie Schüler-Springorum, wonach die politische Linke nicht grundsätzlich antisemitisch sei und jüdische Sorgen übertrieben würden. In der Geschichte von Sozialismus, Kommunismus und der Neuen Linken habe es zahlreiche Formen von Antisemitismus und Antizionismus gegeben, die bis heute nachwirkten. Die heutige Linke übe zwar keine direkte Gewalt gegen Juden aus, legitimiere jedoch israelfeindliche und teilweise antisemitische Positionen ideologisch. Die Annäherung linker Parteien an muslimische Wählermilieus über die Palästina-Frage, während soziale und integrationspolitische Probleme vernachlässigt würden, sei kritisch zu sehen. Vor einer Verharmlosung des linken Antisemitismus

¹³ Daniel Neumann, Zynische Theorien und das Ende des Westens, *cicero.de*, 5.10.2026.

¹⁴ Lucien Scherrer, „Israel verrecke“ ist bloss „unanständig“, *NZZ*, 5.10.2026.

¹⁵ Remko Leemhuis, Wenn Wissenschaftler schweigen, *Jüdische Allgemeine*, 1.10.2026.

¹⁶ Michael Wolffsohn, „Mit solchen Freunden brauchen wir Juden keine Feinde mehr“, *Der Tagesspiegel*, 29.9.2026.

müsse gewarnt werden. Es habe den Anschein, als würden sich Benz sowie Schüler-Springorum bei ihrer Bewertung eher von Hoffnungen und politischen Überzeugungen als von den tatsächlichen Entwicklungen leiten lassen.

Jürgen Kaube setzt sich in der FAZ¹⁷ kritisch mit den Äußerungen des Historikers Wolfgang Benz zum Antisemitismus auseinander. Benz ziehe historische Vergleiche, die die Gegenwart unangemessen mit den Verhältnissen der frühen 1930er-Jahre gleichsetzten und gesellschaftliche Probleme sowie die Ursachen des Erfolgs politischer Extreme vereinfachten. Er verharmlose zudem jüdenfeindliche Parolen und israelfeindliche Äußerungen, indem er zwischen Antisemitismus und Feindschaft gegenüber Israel unterscheide. Dadurch blende er insbesondere jüdenfeindliche Tendenzen im linken und islamistischen Milieu aus. Zudem nehme er die Sicherheitsbedenken jüdischer Menschen in Deutschland nicht ausreichend ernst und unterschätze aktuelle Formen des Antisemitismus. Es entstehe das Bild eines Antisemitismusforschers, dessen politische Überzeugungen seine wissenschaftliche Urteilsfähigkeit zu beeinträchtigen scheinen.

Im Gespräch mit der Zeit¹⁸ macht Philippe Sands, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, deutlich, dass Frieden mehr sei als die Abwesenheit von Krieg. Er umfasse Sicherheit, Gerechtigkeit und menschliches Wohlergehen. Trotz der gegenwärtigen Konflikte könnten neue Friedensphasen möglich sein, auch wenn die Welt derzeit eine schwere Krise erlebe. Eine zentrale Rolle dafür spiele das Völkerrecht, das trotz aktueller Rückschläge widerstandsfähig sei. Dauerhafter Frieden könne nicht ohne Recht und Gerechtigkeit entstehen. Deshalb seien die Ahndung von Kriegsverbrechen, die Sicherung von Fakten und die Aufarbeitung von Gewalt unverzichtbar, etwa im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Internationale Gerichte könnten Konflikte nicht allein lösen, aber sie seien wichtige Symbole für die Geltung des Rechts. Ökozid sollte als fünftes internationales Kernverbrechen neben Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Angriffskrieg anerkannt werden. Damit sollte die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen stärker rechtlich verfolgt werden. In den Debatten um Genozid, etwa im Zusammenhang mit Israel, Gaza oder den Rohingya, sei eine nüchterne juristische Betrachtung wichtig, Verbrechen dürften nicht gegeneinander aufgewogen werden, da alle Menschenrechtsverletzungen verfolgt und bestraft werden müssten. Unabhängig von politischen oder persönlichen Identitäten sollten Anwälte den Tatsachen und dem Recht folgen. Frieden aber entstehe nicht allein durch Gerichte und Gesetze. Auch Literatur, Kunst und gesellschaftliche Debatten seien in diesem Zusammenhang wichtig, weil sie menschliches Leid sichtbar machten und damit die Voraussetzungen für Gerechtigkeit und Versöhnung schafften.

Eva Murašov betont im Tagesspiegel¹⁹ die große Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Innovation für Deutschlands Zukunft. Während die Wissenschaft in den USA durch politische Eingriffe und den wachsenden Druck auf Forschungseinrichtungen zunehmend unter Druck geriete, biete Deutschland mit seinem starken Hochschul- und Forschungsstandort attraktive Bedingungen für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Um dieses Potenzial besser zu nutzen, seien jedoch mehr Investitionen, eine engere Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie der Schutz der wissenschaftlichen Freiheit notwendig. Rechtspopulistische Kräfte wie die AfD könnten allerdings die Forschungslandschaft und die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Deutschland gefährden.

¹⁷ Jürgen Kaube, Und so redete er dahin, FAZ, 28.9.2026.

¹⁸ Elisabeth von Thadden, „Frieden scheitert am fragilen männlichen Ego“. Fragen an den Völkerrechtler Philippe Sands, Die Zeit, 1.10.2026.

¹⁹ Eva Murašov, Deutschland könnte den besten Forschern eine neue Heimat bieten, Der Tagesspiegel, 2.10.2026.

Thomas Bedorf, Astrid Franke, Frieder Vogelmann und Christiane Zehrer beschreiben in der FAZ²⁰ die deutsche Exzellenzstrategie als wissenschaftspolitisches Wettbewerbsmodell, das vor allem die Ungleichheiten im Hochschulsystem verschärfe. Statt Universitäten nachhaltig zu stärken, fördere sie den Konkurrenzkampf um Drittmittel, während die Grundfinanzierung, die Infrastruktur und die Arbeitsbedingungen vieler Hochschulen vernachlässigt würden. Zudem fehle eine überzeugende Evaluation der tatsächlichen wissenschaftlichen Erfolge des Programms. Eine grundlegende Reform, die Universitäten besser finanziere, die Abhängigkeit von Wettbewerbsprogrammen reduziere und die strukturellen Probleme des Wissenschaftssystems angehe, sei dringend erforderlich.

Christoph Möllers macht im Gespräch mit der FAZ²¹ deutlich, dass er mögliche politische Einflussnahmen auf die Hochschulen in Deutschland und insbesondere in Sachsen-Anhalt befürchte, die vor allem über finanzielle Steuerungsinstrumente erfolgen könnte. Die Finanzierung der Universitäten und die Ausgestaltung von Zielvereinbarungen verschafften Landesregierungen erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten. Eine mögliche AfD-Regierung würde dabei auf Instrumente zurückgreifen können, die grundsätzlich auch anderen Regierungen zur Verfügung stünden. Die bestehende Rechtslage schütze zwar einzelne Wissenschaftler in ihrer Arbeit, biete den Institutionen selbst jedoch nur begrenzte Absicherung. Zudem sei seit längerer Zeit ein Wandel im Verhältnis von Politik und Wissenschaft zu beobachten. Universitäten seien in vielen Bundesländern unter finanziellem Druck, während politische Erwartungen an die gesellschaftliche Relevanz und Verwertbarkeit von Forschung zunähmen. Dies betreffe nicht nur einzelne Parteien, sondern stelle einen breiteren wissenschaftspolitischen Trend dar. Wissenschaftliche Arbeit sollte jedoch vor allem durch Ergebnisoffenheit geprägt sein und nicht durch politische Zielvorgaben gesteuert werden. Kritisch sei zudem die ungleiche Finanzierung von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Hochschulen erfüllten neben Forschung und Lehre auch wichtige gesellschaftliche Funktionen und seien deshalb auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Für den Schutz der Wissenschaftsfreiheit seien nicht nur rechtliche Garantien entscheidend, sondern auch die Bereitschaft von Hochschulleitungen, wissenschaftliche Autonomie zu verteidigen, sowie eine politische Kultur, die unabhängige Forschung respektiere.

In der Debatte: Künstliche Intelligenz

Ruth Fulterer weist in der *Neuen Zürcher Zeitung*²² darauf hin, dass die derzeitige KI-Debatte zunehmend von apokalyptischen Szenarien wie einer außer Kontrolle geratenen Superintelligenz und der damit verbundenen Forderung nach einem „kill switch“ geprägt sei. Solche Vorstellungen seien überzogen, denn weder gebe es überzeugende Hinweise auf eine bevorstehende „Intelligenz-Explosion“ noch handelten KI-Agenten aus eigenem Bewusstsein, sondern entsprechend ihres Trainings und den vorgegebenen Ziele. Die eigentlichen Gefahren lägen nicht in einer fiktiven Maschinenherrschaft, sondern in den realen Schäden, die KI bereits heute verursacht habe, etwa durch Betrug, Fehlinformationen, Datenlecks oder dem Einsatz in kritischen Infrastrukturen und militärischen Systemen. Statt sich auf Science-Fiction-Szenarien zu konzentrieren, sollte die Diskussion daher stärker auf Transparenz, Haftung, Kontrolle und die Entwicklung spezialisierter, sicherer KI-Werkzeuge ausgerichtet werden.

²⁰ Thomas Bedorf / Astrid Franke / Frieder Vogelmann / Christiane Zehrer, Der große Verlierer ist die Wissenschaft, FAZ, 30.9.2026.

²¹ Thomas Thiel / Gerald Wagner, Geht in die Konflikte rein! Fragen an Christoph Möllers, Rektor des Berliner Wissenschaftskollegs, FAZ, 23.9.2026.

²² Ruth Fulterer, Der „kill switch“ wird uns nicht retten, NZZ, 5.10.2026.

Im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*²³ warnt *Jill Lepore* vor dem Entstehen eines „künstlichen Staats“, in dem demokratische Entscheidungsprozesse zunehmend von digitalen Plattformen und großen Technologiekonzernen verdrängt würden. Soziale Medien und KI-Systeme prägten politische Kommunikation, Informationsbeschaffung und Meinungsbildung, ohne demokratischer Kontrolle zu unterliegen. Bürger würden durch algorithmische Systeme zu passiven Nutzern werden und dadurch wichtige demokratische Praktiken wie eigenständige Urteilsbildung, öffentliche Debatten und zwischenmenschlichen Austausch verlieren. Die Macht der Tech-Konzerne werde durch Narrative wie den Wettbewerb um Künstliche Intelligenz legitimiert, diene aber vor allem der Sicherung ihrer eigenen Interessen. Die technologische Zukunftsvision führender Unternehmer wie Elon Musk, Mark Zuckerberg oder Sam Altman, die gesellschaftliche Probleme primär technisch lösen wollten, würden soziale Beziehungen sowie menschliche Erfahrungen unterschätzen. Der „künstlichen Staat“ aber sei langfristig zum Scheitern verurteilt, da er auf einem hohen Verbrauch begrenzter Ressourcen beruhe und keine nachhaltige gesellschaftliche Ordnung darstelle. Hoffnung biete der wachsende öffentlichen Widerstand gegen die Ausbreitung von KI-Infrastrukturen und Rechenzentren.

Andreas Busch beschreibt in der *FAZ*²⁴ ein grundlegendes Dilemma der KI-Politik. Obwohl führende KI-Forscher, Unternehmenschefs und große Teile der Öffentlichkeit die Risiken hochentwickelter Künstlicher Intelligenz als ernst und teilweise sogar existenziell einschätzen würden, kämen wirksame Regulierungen kaum voran. Als Hauptgründe sei zum einen ein „Gefangenendilemma“, bei dem kein Unternehmen und kein Staat die Entwicklung von KI freiwillig verlangsamen wolle, weil andere Akteure dadurch einen Vorsprung gewinnen könnten. Zum anderen würden politische Machtkämpfe, unterschiedliche Interessen und der starke Einfluss der Technologiebranche eine konsequente Regulierung verhindern. Diese doppelte Blockade führe dazu, dass die Entwicklung immer leistungsfähigerer KI-Systeme schneller voranschreite als die politischen Kontrollmechanismen. Zwar gebe es inzwischen erste Warnungen, politische Initiativen und Forderungen nach strengeren Regeln, doch bislang seien diese zu schwach, um die grundlegenden Anreize des internationalen Wettbewerbs zu verändern. Deshalb bleibe offen, ob es gelingen könne, die Risiken fortgeschrittener KI rechtzeitig unter Kontrolle zu bringen.

Peter Rásonyi widerspricht in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁵ den Warnungen führender KI-Unternehmer vor existenziellen Gefahren durch Künstliche Intelligenz. KI sei eine bedeutende Basistechnologie mit großem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Veränderungspotenzial, bislang aber seien technologische Revolutionen historisch stets deutlich langsamer verlaufen, als ihre Befürworter oder Kritiker erwartet hätten. Wie zuvor die Dampfmaschine, die Elektrizität oder der Computer benötige auch KI Zeit, um sich durchzusetzen, Folgeinnovationen hervorzubringen und bestehende Strukturen zu verändern. Die KI biete vor allem Chancen für Produktivität, Forschung, Innovation und wirtschaftliches Wachstum. Zwar könnten einzelne Arbeitsplätze verschwinden und Anpassungsprozesse schmerzhaft sein, langfristig hätten technologische Umbrüche jedoch stets zu höherem Wohlstand und neuen Beschäftigungsmöglichkeiten geführt. Die Warnungen vor einer außer Kontrolle geratenen KI oder einem massiven Arbeitsplatzverlust seien überzogen. Statt Panikmache müsse es einen nüchternen Blick auf die Risiken geben sowie die Übernahme von mehr Verantwortung der KI-Unternehmen für die Sicherheit ihrer Technologien.

²³ Meredith Haaf, „Wie wir früher Informationen erhalten haben, war besser“. Fragen an die Historikerin Jill Lepore, SZ, 2.10.2026.

²⁴ Andreas Busch, Die Menschheit im Gefangenendilemma, FAZ, 28.9.2026.

²⁵ Peter Rásonyi, KI verspricht eine bessere Zukunft, NZZ, 28.9.2026.

In seinem Gastbeitrag in der *FAZ*²⁶ zieht *Alfred Nordheim* Parallelen zwischen den heutigen Debatten über die Risiken der Künstlichen Intelligenz und früheren technologischen Entwicklungen mit potenziell globalen Gefahren, insbesondere der Kernenergie und der Gentechnik. Warnungen führender KI-Entwickler vor existenziellen Risiken führten deutlich vor Augen, dass die Selbstregulierung der Branche nicht ausreiche. Es gebe historische Beispiele, bei denen die internationale Gemeinschaft nach der Entwicklung von Atomwaffen und gentechnischen Verfahren verbindliche Regeln, Aufsichtsstrukturen und Sicherheitsstandards geschaffen habe, um Risiken zu kontrollieren und zugleich die positiven Nutzungsmöglichkeiten der Technologien zu erhalten. Sowohl im Bereich der Nukleartechnik als auch der Gentechnik hätten internationale Abkommen, staatliche Gesetze und wissenschaftliche Selbstverpflichtungen dazu beigetragen, befürchtete Katastrophenszenarien bislang zu verhindern. Daher müsse auch für die Künstliche Intelligenz rasch ein international abgestimmtes Regelwerk etabliert werden. Nur durch staatlich überwachte und global koordinierte Regulierung lasse sich das Risikopotenzial der Technologie wirksam begrenzen, während ihre gesellschaftlichen Chancen weiterhin genutzt werden könnten.

Künstliche Intelligenz eröffne Hochschulen neue Möglichkeiten, erschwere aber zugleich die Kontrolle von Täuschungsversuchen und fördere eine Kultur des Misstrauens, merkt *Beatrice Dernbach* in der *Zeit*²⁷ an. Die Debatte um die Nutzung von KI im universitären Bereich dürfe nicht auf Sanktionen beschränkt werden, sondern sollte klare Regeln mit einer pädagogisch verantwortungsvollen Vermittlung von KI-Kompetenzen verbinden. Lehrende sollten KI aktiv in Lehre und Prüfungen integrieren, um Studierende zu einem kritischen und selbstständigen Umgang mit den neuen Technologien zu befähigen.

Rezensionen

„Die große Studie, die jeden maliziösen Tenor meidet, hat das Material akribisch ausgewertet und bezieht, nicht verwunderlich bei einem Literaturwissenschaftler, geschickt Rückgriffe auf Literaten der Vergangenheit mit ein“ lautet das Urteil von *Eckhard Jesse* im *Cicero*²⁸ über **Die Kanzler und die Intellektuellen** von **Peter-André Alt**.

„Das ist alles in allem solide, routinierte Aufarbeitungsforschung, die ihre stärksten Momente in der umfassenden und differenzierten Betrachtung der Rechtsprechung hat“ urteilt *Friedrich Kießling* in der *FAZ*²⁹ über den Band **Verwandlung durch Recht. Das Bundesverfassungsgericht und die Vergangenheit** von *Frieder Günther* und *Eva Balz*, die darin die NS-Belastungen der Richter am Bundesverfassungsgericht in den Blick genommen haben.

In dem von **Julia Bernstein**, **Alfred Bodenheimer** und **Elisabeth Schilling** herausgegebenen Buch **Ausnahmestand. Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober** schilderten 60 jüdischen Hochschullehrer „Ausgrenzungen, Beleidigungen und fehlende Solidarität“, merkt *Peter Hoeres* in der *FAZ*³⁰ an und fordert: „Die Mehrheitsgesellschaft ist also auch an den Universitäten aufgerufen, ihren jüdischen Kollegen zur Seite zu stehen, die antijüdischen Störenfriede an den Universitäten in die Schranken zu weisen und dabei Ross und Reiter klar zu benennen.“

²⁶ Alfred Nordheim, Künstliche Intelligenz braucht Regeln – genau wie Gen- und Nukleartechnik, *FAZ*, 7.10.2026.

²⁷ Beatrice Dernbach, Die Position: Das Misstrauen muss enden, *Die Zeit*, 8.10.2026.

²⁸ Eckhard Jesse, Kanzler und Intellektuelle – Eine widerwillige Paarbeziehung, *Cicero*, 25.9.2026.

²⁹ Friedrich Kießling, Das Gericht, das den Neuanfang wagte, *FAZ*, 29.9.2026.

³⁰ Peter Hoeres, Allein gelassen mit dem Antisemitismus, *FAZ*, 29.9.2026.

Gerrit ter Horst stellt im *Tagesspiegel*³¹ zwei Bücher vor, die aus unterschiedlichen Perspektiven versuchten, sich dem Thema Pazifismus zu nähern: **Deutschland ist es wert. Warum ich geschworen habe, für mein Land zu kämpfen** von David Matei sowie **Nein. Gegen die Militarisierung der Gegenwart** von Mithu Sanyal.

In der *FAZ*³² macht Milan Kuhli darauf aufmerksam, dass die von Fritz Bauer verfasste Denkschrift **Die Kriegsverbrecher vor Gericht**, sein 1944 im schwedischen Exil veröffentlichtes Plädoyer für das Völkerstrafrecht, neu aufgelegt worden sei versehen, mit einem Nachwort von Joachim Rückert.

Thomas Schmid weist in der *Welt*³³ daraufhin, dass der Zeitzeugenbericht von H.G. Adler **Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland** als Neuauflage versehen mit einem Vorwort von Götz Aly wieder vorliege und merkt an: „Ein solches Buch kann nicht gefällig sein. Es ist ja ein Versuch, etwas Unerklärliches zu erklären, zu verstehen. Gerade weil ‚Der verwaltete Mensch‘ ein Werk voller Klippen ist, ist es so lesenswert. Und manchmal klingt an, welche Chancen unwiderruflich zerstört wurden.“

Mit ihrem Buch **Auschwitz vor polnischen Gerichten. Ermittlungen, Urteile, Wirkungen** habe Andrea Rudorff „ein Standardwerk vorgelegt, das systematische Analyse mit empirischer Nuancierung verbindet und eindrucksvoll zeigt, was der präzise, zeithistorische Zugriff zu leisten vermag“, merkt Kim Christian Priemel in der *FAZ*³⁴ an.

Die Biografie **Augstein. Ein deutsches Leben** von Martin Doerry und Hauke Janssen zeichne „den ‚Spiegel‘-Gründer Rudolf Augstein als Chef, dem sein Magazin niemals genug sein konnte und blendet auch dessen Schattenseiten nicht aus“ merkt Willi Winkler in der *Süddeutschen Zeitung*³⁵ an.

Norbert Frei, Tim Scharnetzky und Sybille Steinacher beschrieben in ihrer Biografie **Der Mann fürs Bunte: Franz Burda und sein Medienunternehmen** „mit akribischer Präzision einen durch und durch sanguinischen Charakter [...], autoritär und lustig, narzisstisch und großzügig. Alles sehr bunt eben, aber unter dem Strich doch kein ‚Mann fürs Braune‘. So jedenfalls das Fazit. Man kann das so sehen, muss es aber nicht“ konstatiert Hans-Jürgen Jakobs in der *Süddeutschen Zeitung*³⁶.

„Diese Lebensrekonstruktion ist eine beeindruckende Leistung“ urteilt Alexander Cammann in der *Zeit*³⁷ über die von Franz Walter verfasste Biografie **Joachim Fest. Ein Leben im 20. Jahrhundert**, der darin auch „wenig bekannte Seiten“ des Porträtierten präsentiert.

„A compelling biography of the divine monarch and the vanished world he represented“ urteilt Charles Clover in der *Financial Times*³⁸ über die Biografie von Pu Yi, **The Last Emperor of China: Twilight of the Forbidden City**, von Paul French.

Brian A. Smith betrachtet bei *Law&Liberty*³⁹ **Why Machiavelli Matters Now** von Steven Bowd und Alexander Lee und merkt an, die Autoren versuchten, Machiavellis Ruf im Kreis der literarischen und politischen Größen wiederherzustellen.

³¹ Gerrit ter Horst, Pazifismus ist nichts für Feiglinge, *Der Tagesspiegel*, 22.9.2026.

³² Milan Kuhli, Architektur der Gerechtigkeit, *FAZ*, 23.9.2026.

³³ Thomas Schmid, Alle waren froh, nicht alles zu wissen, *Die Welt*, 7.10.2026.

³⁴ Kim Christian Priemel, Jede Mitwirkung galt hier als Verbrechen, *FAZ*, 8.10.2026.

³⁵ Willi Winkler, Ein Mann von einmaliger Macht, *SZ*, 24.9.2026.

³⁶ Hans-Jürgen Jakobs, Wie hielt der Mann fürs Bunte es mit den Nazis?, *SZ*, 25.9.2026.

³⁷ Alexander Cammann, Die Legenden einer Legende (II), *Die Zeit. Sonderausgabe 100 Bücher für den Herbst*, 5.10.2026.

³⁸ Charles Clover, The Last Emperor of China – Paul French on the life of Puyi, *Financial Times*, 18.9.2026.

³⁹ Brian A. Smith, Machiavelli's Contested Legacy, *Law&Liberty*, 22.9.2026.

Guido Kalberer stellt in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁰ zwei Bücher vor, die das „religiöse Denken der Mächtigen“ einer Analyse unterziehen: **Erlösung. Über Messianismus und Apokalyptik in den politischen Diskursen der Gegenwart** von Jens Balzer sowie **Katechon. Zur Wiederkehr der politischen Theologie in der Gegenwart** von Volker Weiss.

„Seine Geschichte der Polis ist mehr Fachbuch zu einem populären Thema als ein populäres Sachbuch. Als solches aber wird sie auf Jahrzehnte ein Standardwerk sein“, lautet die Einschätzung von Jannis Koltermann in der *FAZ*⁴¹ über **Polis. Die Geschichte der griechischen Stadtstaaten** von John Ma.

Der von Veith Selk und Julian Nicolai Hofmann herausgegebene Sammelband **Postliberalismus? Eine transatlantische Debatte** dokumentiere – so Lukas Fuhr in der *FAZ*⁴² – „nun die neue Systemkonkurrenz zwischen denjenigen, die es immer noch nicht anrühlig finden, die Freiheit im Staat und den freien Staat in der internationalen Ordnung zu verteidigen, und ihren Kritikern, die im englischen Sprachraum schon lange für ihre Version eines Postliberalismus werben“.

Mitchell G. Bahnsen und John Shelton befassen sich bei *Law&Liberty*⁴³ mit **The New Conservatism and Its Critics** von Joseph Prud'homme und merken an: „The New Right is correct to insist that politics cannot be separated from culture, that human beings are not autonomous economic units, and that a healthy political order requires habits, institutions, families, and communities that cannot simply be reconstructed by administrative fiat.“

„Wäre ihr Buch Pflichtlektüre für alle, könnte man wirklich darauf hoffen, dass alle sich daran halten: Wie dankbar würde man ihnen folgen. Bis dahin liest es sich als Denkanstoß, als Inspiration, aber auch: als Utopie“ lautet das Urteil von Sonja Zekri in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁴ über **Die Empörungsfälle. Wie wir wieder streiten lernen** von Saba-Nur Cheema und Meron Mendel.

„Wer an der kritischen Diskussion über das Versagen der öffentlich-rechtlichen Sender teilhaben möchte, sollte das **Schwarzbuch Staatsfunk** als Erinnerungs- und Argumentationsstütze stets griffbereit halten“ merkt Ferdinand Knauß im *Cicero*⁴⁵ zu dem von Josef Kraus und Walter Krämer herausgegebenen Band an.

Rüdiger Safranski habe mit **Die Vierte Kränkung – Menschlicher Geist im Schatten der Künstlichen Intelligenz** „ein kleines, gehaltvolles, menschenfreundliches, gedankenscharfes Buch“ verfasst, urteilt Johan Schloemann in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁶.

Mit ihrem Buch **Die Regierung der Maschinen. Aufstieg und Fall des künstlichen Staates** sei es Jill Lepore gelungen, „eine informative Warnung zur richtigen Zeit“ zu schreiben, merkt Alexander Armbruster in der *FAZ*⁴⁷ an, denn „ihr Gefühl, dass etwas schief läuft, dass die Menschheit technologisch an einem Kipppunkt angelangt ist, teilen immer mehr Beobachter und Bürger“.

Katharina Teutsch konstatiert in der *FAZ*⁴⁸ über **Die wahrscheinliche Wahrheit. Wie KI unsere Wirklichkeit, Moral und Gesellschaft neu berechnet** von Mads Pankow, „dieser schmale Band [liefere] eine ganze Reihe von Überlegungen zur Lage aktueller Wissens- und Wahrheitsproduktion“.

⁴⁰ Guido Kalberer, Die politische Theologie ist wieder da, *NZZ*, 8.10.2026.

⁴¹ Jannis Koltermann, Eulen aus Athen tragen, *FAZ*, 2.10.2026.

⁴² Lukas Fuhr, Die Freiheit hat wieder Gegner, *FAZ*, 6.10.2026.

⁴³ Mitchell G. Bahnsen und John Shelton, Conservatism's Faultline, *Law&Liberty*, 23.9.2026.

⁴⁴ Sonja Zekri, Reine Nervensache, *SZ*, 24.9.2026.

⁴⁵ Ferdinand Knauß, Öffentlich-rechtliche Sender – Rundfunkkritiker sehen schwarz, *Cicero*, 25.9.2026.

⁴⁶ Johan Schloemann, „KI hat keine Ahnung von dem, was sie tut“, *SZ*, 28.9.2026.

⁴⁷ Alexander Armbruster, Was Roboter wollen, *FAZ*, 2.10.2026.

⁴⁸ Katharina Teutsch, Die verhandelbare Wahrheit, *FAZ*, 2.10.2026.

Gil Durán argumentiere in seinem Buch **The Nerd Reich: Silicon Valley Fascism and the War on Democracy**, dass eine Gruppe reicher und mächtiger Männer nicht nur ideologische Kritiker des Status quo sei, sondern diese dem gesamten demokratischen Regierungssystem den Rücken gekehrt hätten und eine libertäre Zukunft anstrebten, merkt *Henry Mance* in der *Financial Times*⁴⁹ an.

Mit seinem Buch **Über Leben mit KI. Wie wir uns gegen die Maschine behaupten** sei es **Rolf Schwartmann** gelungen, einen „Leitfaden“ vorzulegen, der genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen sei, urteilt *Alexander Armbruster* in der *FAZ*⁵⁰.

Rolf G. Heinze und **Sebastian Kurtenbach** machten in ihrem Buch **Die Wohnkrise. Wie sie Demokratie und Zusammenhalt bedroht** deutlich, dass eine stärkere Steuerung des Wohnungsmarktes wichtig sei, um die Stabilität der Demokratie in Deutschland nicht zu gefährden, führt *Claudia Henzler* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵¹ aus.

Das Buch **Der Kampf um den Nordpol – Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Großmächte** von **Michael Paul** sei „Pflichtlektüre für all jene, die das geopolitische Tauziehen um den Norden – und im Übrigen auch den Süden der Erde – verstehen wollen“, merkt *Christoph Hein* in der *FAZ*⁵² an.

Tim Judah stellt in der *Financial Times*⁵³ zwei Bücher vor, die die Bedeutung der Unterseekabel für die hybride Kriegsführung weltweit in den Blick nehmen: **The Undersea War: The International Battle for Supremacy at the Bottom of the World** von **Elisabeth Braw** sowie **Deep Connections: The Hidden Battles to Control Subsea Cables** von **Katja Bego**.

Ian Kumeakawa zeige in **Beliebige Fracht. Die Geschichte der globalen Wirtschaft, erzählt anhand eines Schiffs** auf, wie stark die globalisierte Weltwirtschaft von scheinbar unsichtbaren materiellen Infrastrukturen und Lieferketten abhängt – so *Daniel Stähr* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁴.

Tej Parikh präsentiert in der *Financial Times*⁵⁵ vier Bücher, die die Wirtschaftsmodelle, die sowohl die Politik wie auch alltägliche Entscheidungen beeinflussen würden, in den Blick nehmen: **The Power to Destroy: How Bad Economics Drove America's Decline** von **James K. Galbraith**; **Macro: The Economic Models That Shape Our World** von **Greg Kaplan**; **Everyman: The Story of Economics in Three Acts** von **Antara Haldar** sowie **Growth Machines: On the Hollow Joys of Consumption in the Desert of Economic Life** von **Mark Joseph Stelzner**.

Philipp Blom habe mit **Die strauchelnde Welt. Eine Globalgeschichte 2001–2014** versucht, die „Jahre nach dem 11. September als Chronik enttäuschter Hoffnungen“ zu beschreiben, damit aber kein „erhellendes Buch“ verfasst und zudem ein wichtiges Thema der Zeitgeschichte, die sozialen Medien, vernachlässigt, konstatiert *Andreas Kilb* in der *FAZ*⁵⁶.

„Denn das kurze, gleichwohl bildungsgetränkte Buch füllt eine Leerstelle, die einem erst bei der Lektüre so richtig bewusst wird: Wann konnte man zuletzt mit einem deutschen Autor ohne jegliches Befremden staunen über den unerhörten Reichtum nationaler Leistungen und Errungenschaften?“ merkt *Jochen Buchsteiner* in der *FAZ*⁵⁷ über **Deutschland – Das unterschätzte Land. Ein Loblied** von **Jens Nordalm** an.

⁴⁹ Henry Mance, The Nerd Reich – have the tech elite given up on democracy?, *Financial Times*, 23.9.2026.

⁵⁰ Alexander Armbruster, Leben mit Künstlicher Intelligenz, *FAZ*, 28.9.2026.

⁵¹ Claudia Henzler, Bezahlbar wohnen statt AfD belohnen, *SZ*, 28.9.2026.

⁵² Christoph Hein, Geopolitik am Nordpol, *FAZ*, 5.10.2026.

⁵³ Tim Judah, Undersea cables: the battle for the ocean floor, *Financial Times*, 23.9.2026.

⁵⁴ Daniel Stähr, Was die Schiffe erzählen, *SZ*, 29.9.2026.

⁵⁵ Tej Parikh, Economic theory shapes our lives – but so often fails to reflect it, *Financial Times*, 23.9.2026.

⁵⁶ Andreas Kilb, Hat der Westen sein Versprechen gebrochen?, *FAZ*, 2.10.2026.

⁵⁷ Jochen Buchsteiner, Gegen die deutsche Freudlosigkeit, *FAZ*, 2.10.2026.

„**Géraldine Schwarz** referiert facettenreich zweitausend Jahre europäischer Geschichte und sieht für den Kontinent eine neue Stunde anbrechen“, stellt *Joseph Hanimann* in der *FAZ*⁵⁸ über **Wer wir waren, wer wir sind. Eine Geschichte Europas** fest.

Mit seinem Buch **Europa in 7 1/2 Wochen** habe **Timothy Garton Ash** eine „große, nachdenkliche Liebeserklärung“ verfasst „über einen gefühlten Kontinent, eine geistige Heimat, einen Glücksfall, der viele Mitten und viele Grenzen, viele Definitionen und viele Leben hat und doch einzigartig ist“, stellt *Cathrin Kahlweit* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁹ fest.

Mit **The Return of the Great Powers**, das die Rückkehr ins Zeitalter der Großmächte thematisiere, habe **Brendan Simms** ein „anregendes Buch“ vorgelegt, so *Majd El-Safadi* in der *FAZ*⁶⁰, „eine streitbare wie meinungsfreudige Studie, die das Verhalten von Großmächten sowie das Auf und Ab in der Weltgeschichte kartographiert – und für Tragödien von Großmächtepolitik sensibilisiert“.

In seinem Buch **Blood Dawn: World War II and the Making of Modern Asia** zeichne **Hans van de Ven** die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs in Asien nach – so *Tom Nagorski* im *Wall Street Journal*⁶¹ –, der dort für viele beteiligte Staaten die Chance dargestellt habe, die Kolonialherrschaft abzuschütteln und dessen Folgen bis in die Gegenwart spürbar seien.

Max Hastings sei es mit seinem Buch **Plunder: The Last of the War in Europe, 1945** gelungen, einen fesselnden Bericht über die letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs vorzulegen, urteilt *Dominic Sandbrook* in der *Times*⁶²: „Meticulously researched, constructed with a great journalist’s instinct for switching from big to small and back again, and written with a keen eye for human foibles, this is the kind of book that gives military history a good name [...]“.

Guido Kalberer konstatiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁶³, „das materialreiche, informative Buch“ **Lissabon 1941. Stadt der Spione, Hafen der Hoffnung** von **Alexander Smolczyk** werfe einen Blick auf den Zweiten Weltkrieg aus ungewöhnlicher Perspektive.

In ihrem Buch **Der amerikanische Weckruf** analysiere **Cathryn Clüver Ashbrook** „kenntnisreich und pointiert“ den Weg der Trump-Bewegung zur sogenannten zweiten amerikanischen Revolution und zeige auf, „wie die Trumpisten Elemente faschistischer Politik nutzen, um ihre Macht zu festigen und demokratische Normen und Institutionen auszuhebeln“, schreibt *Hendrik Simon* in der *FAZ*⁶⁴.

Stefan Rinke zeige „in seinem gut 140 Seiten kurzen Überblick schlüssig, wie die Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahrhunderten ihren Anspruch als Hegemon in der westlichen Hemisphäre durchsetzten. Er beschreibt diese Geschichte als eine kurzfristiger Erfolge – im Sinne der Vereinigten Staaten –, bringt aber auch zum Ausdruck, dass diese langfristig fragwürdig sind“. lautet die Einschätzung von *Oliver Kühn* in der *FAZ*⁶⁵ über **Von Monroe zu Trump. Eine kurze Geschichte der US-Interventionen in Lateinamerika**.

In der *Times*⁶⁶ betrachtet *Justin Webb* **Profiles in Cowardice: A Study of Greed and Collusion in the Trump Era** von **Jacob Weisberg**, der darin acht Personen porträtiert, die Donald Trump hätten verhindern können und konstatiert, das Buch sei durchaus polemisch, könne aber ein Klassiker werden, „pored over for years to come as this weird period in US history

⁵⁸ Joseph Hanimann, Heimat ohne Gefühle, *FAZ*, 29.9.2026.

⁵⁹ Cathrin Kahlweit, Der gefährdete Kontinent, *SZ*, 2.10.2026.

⁶⁰ Majd El-Safadi, Die verkannte vierte Großmacht?, *FAZ*, 22.9.2026.

⁶¹ Tom Nagorski, 'Blood Dawn' Review: Asia's World War, *Wall Street Journal*, 11.9.2026.

⁶² Dominic Sandbrook, This book gives military history a good name, *The Sunday Times*, 26.9.2026.

⁶³ Guido Kalberer, Tausende warten auf das rettende Schiff, *NZZ*, 28.9.2026.

⁶⁴ Hendrik Simon, Wir, das gesplante Volk, *FAZ*, 29.9.2026.

⁶⁵ Oliver Kühn, Die USA definieren, was gut ist, *FAZ*, 6.10.2026.

⁶⁶ Justin Webb, Could these eight 'cowards' have done more to stop Trump?, *The Times*, 30.9.2026.

draws to a close and Americans pick themselves up, dust themselves down and wonder what just happened“.

In der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*⁶⁷ befasst sich *Karen Krüger* mit dem Buch des Schriftstellers **Artem Tschech**, der als Soldat in der ukrainischen Armee die „Hölle von Bachmut“ überlebt hat und merkt an, **Musik für einen Soldaten** sei „kein heroisches Buch“, sondern schildere „Verlorenheit, Gleichgültigkeit, Angst, Hass und hinterfragt auch kritisch seine Rolle als Schriftsteller“.

Der Bildband **Bundeshauptstadt über Nacht. Bilder aus Bonn 1949–1999** von **Rüdiger Franz** sei „eine liebevolle Hommage an Bonn“ schreibt *Markus C. Hurek* im *Focus*⁶⁸.

⁶⁷ Karen Krüger, Wie der Krieg Mitgefühl und Liebe verbrennt, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 27.9.2026.

⁶⁸ Markus C. Hurek, B wie beschaulich, *Focus*, 1.10.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)